

beiten.

er fesseln, sind zum reutlicher Weise wick n gearbeitet. Außer ebstimmung an Alles muster doch ein ein- hem Grund ist mit im Mittelpunkt des ertert. Der bewalte rei in Nichtein- und nd doch Schmut und

H 1691. Rissen mit reicher Punktsterei, Größe 50 cm im Geviert. Auf ein- Einheitsmaße mit Befestigung erhältlich.



H 1725. Entschachtel mit fa. diger Watere, auch für Rissen und Puffs verwendbar. Doppeltes Wollin- Nadelmuster mit So- foyebung erhältlich.

uster- händlung Calw.

burg.

wandte, Freunde u. tag, den 19. Nov.

sfeier

re" in Altburg

Schreiner, Schreinermeister 1910.

gemuth,

Händler, Altburg.

Altburg.

ndte, Freunde und

stag, den 19. No-

sfeier

wen" in Ober-

uladen.

tt,

Schuhmacher

di,

ttfester,

in Oberreichenbach.

Altburg.

e, Freunde und Be-

g, den 19. Noobr.

sfeier

" in Rentheim

entheim

im-Heidelberg

Rentheim.

erer Einladung ent-



Nr. 270. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Freitag, den 18. November 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zusage 12 Pf., vierteljährlich 35 Pf., halbjährlich 65 Pf., jährlich 120 Pf. — Ausland mit Postzuschlag. — Einmalige Anzeigenpreise sind in der Stadt mit Zusage 12 Pf., vierteljährlich 35 Pf., halbjährlich 65 Pf., jährlich 120 Pf. — Ausland mit Postzuschlag.

Neueste Nachrichten.

Die Vorstenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Ostpreußen ist vom Völkerbundrat der frühere Präsident des schweizerischen Bundesrats, Calender, ernannt worden.

Die Preisfrage scheint sich weiterhin zu verwickeln. Der Widerstand der nordrussischen protestantischen Ulster-Lente gegen eine Vereinigung mit den Ein-Teinern ist im Wachsen.

In Washington tritt an Stelle des Optimismus der ersten Tage eine starke Ernüchterung. Besondere Schwierigkeiten bereitet die Ozeanische Frage. Schon jetzt tritt die Vereinigung Japans gegenüber den anderen Großmächten deutlich hervor.

Wie aus Washington berichtet wird, hat die britische Delegation auf der Konferenz mitgeteilt, daß die Frage der alliierten Schulden an der Vereinigten Staaten auf der Konferenz nicht erörtern werde. Man rechne jedoch damit, daß Frankreich und Italien auf eine Erörterung dieser Frage dringen würden.

Weder die Insel Yap haben Amerika und Japan ein endgültiges Abkommen geschlossen.

Die amerikanische Regierung beabsichtigt nicht, der Konferenz einen endgültigen Vorschlag zur Abrüstung zu machen. Ein etwaiger Wunsch Frankreichs, die sehr Zukunfts- der Hilfe Amerikas gegen einen Ueberfall durch Deutschland zu erhalten, würde von Amerika wahrscheinlich „enttäuscht“ werden.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer sprach der Finanzminister Doumer über die Finanzlage Deutschlands und erklärte, wenn der deutsche Bankrott sich ereignen werde, so werde das Ereignis nach sich ziehen, die die deutsche Reichseinheit kaum überleben könnte.

Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ersten Unruhen im Eingeborenenviertel, die auf die Agitation englischer Elemente zurückzuführen sind. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Nov. In seiner heutigen Sitzung nahm der Reichstag zunächst in allen drei Lesungen den Entwurf über die Abänderung der Bekanntmachung betreffend ausländische Wertpapiere, der eine weitere Einschränkung der Ausgabe solcher Papiere bezweckt, an und überließ den Gesetzentwurf über das Verfahren in Verborgungs- und Versteigerungs- für Kriegsbeschädigte. Sodann wurde die Beratung der Interpellationen und Anträge über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft und der Interpellationen über Schickungen und Preiswucher fortgesetzt. — Abg. Hepp (D. S.) erklärte, die Schuld an der Preissteigerung liege bei den hohen Anforderungen des Ultimatus, wozu der allgemeine deutsche Ausverkauf komme. Bezüglich der Kartoffeln und der Zuckerrüben treffe die Landwirtschaft kein Vorwurf. Die freie Wirtschaft sei zur Herstellung der Produktion notwendig. — Abg. Treschmann (Demokr.) stellte fest, daß die demokratische Partei auch heute noch ein Gegner der Zwangswirtschaft sei. Von einer Zwangsumlage der Kartoffeln erwarte sie nichts. Die Stielbelug sei aber energisch zu bekämpfen, um neue Landstriche nutzbar zu machen. — Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärte, mit den Preissteigerungen der letzten Woche seien wir noch nicht am Ende. Die Regierung habe nichts verstanden. Wenn es sich um rein heimische Waren handle, müßten die Herstellungskosten lediglich mit einem geringen Aufschlag angelegt werden. Diesen Grund mußte auch die Landwirtschaft anwenden. Die Anguläufe hätten das Schwinden der Waren und die Preissteigerung stark beeinflusst, wozu der Ausverkauf an das Ausland komme. Der Redner gibt dann eine Statistik über den Rückgang der Lebensmittelpreise bekannt und betonte, daß dies auch den Rückgang der Lebenshaltung bedeute. Es werde aber noch schlimmer kommen. Ein Nachmittels gebe es nicht. Energische Bekämpfung des Wuchers und Vorseitigung des Schwindels seien die einzigen Möglichkeiten zur Linderung der Not. — Abg. Gerauer (D. S.) kritisierte die mangelhafte Wagenstellung und die langsame Abwicklung des Umlaufs. Die Landwirtschaft treffe keine Schuld an den Kartoffelsteigerungen ins Ausland. Diese seien vom befehligen Gebiet aus erfolgt. — Reichsernährungsminister Dr. Hermes betonte, daß die Zuckerverteilung ein neues Drittel des Zuckers

fontingents freigegeben habe. Der Wagenstellung werde erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt, ebenso die Kaufbänderfrage im Auge behalten. Die Mehlerzeugung sei mit 200 Gramm für den Kopf angelegt. Der Antrag, von dem freien Mehl einen weiteren Posten zur Verfügung zu stellen, würde die Versorgung zu kostspielig gestalten, was das Reich nicht mehr leisten könne. Mit den bisherigen 2 1/2 Millionen Tonnen Getreideumlagen sei die äußerste Grenze erreicht. — Abg. Kemmel (Komm.) beklagt, daß die Mehlerzeugung ausreiche. Weder die freie Wirtschaft noch die Zwangswirtschaft könnten die Ernährungsfrage beseitigen. Nur eins könne helfen: Uebernahme der großen Güter in Staatsbetrieb und Bedarfs- wirtschaft und Verstaatlichung der Düngemittelindustrie, sowie Unterstützung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. — Abg. Reich (Komm.) meinte, eine Hebung der Produktion würde auch eine Steigerung der Verschickungen ins Ausland zur Folge haben. — Abg. Bachmeier (D. S.) protestierte gegen den Versuch, in die freie Wirtschaft wieder mit Zwangsmahnahmen einzugreifen und Abg. Krüger (D. S.) stellte fest, daß gerade die Zwangswirtschaft Pfiasco gemacht habe. Die Geldentwertung sei die Hauptursache der Preissteigerung, unter der die Landwirtschaft ebenfalls leide. — Abg. Franck (Soz.) zog die Uneigenmächtigkeit der Landwirtschaft in Zweifel, die Selbstsücht und Notens hamstere, was infolge der notwendigen Neubrüde auf den Markturs drüde. Die Landwirtschaft habe mit der Preissteigerung gemeint. Sie verlange Beteiligung der Arbeitnehmer an der Geschäftsabteilung für die Regelung des Verkehrs mit Getreide. — Darauf wurde ein Mißtrauensantrag des Abg. Barth (Komm.) gegen den Minister Hermes gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt und die Anträge zu den Interpellationen dem Ausschuss übergeben. — Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr.

Die ersten Verhandlungen zwischen Reparationskommission und deutscher Regierung.

Berlin, 19. Nov. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, haben heute Mittag die ersten offiziellen Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der deutschen Reichsregierung stattgefunden.

Kredithilfe und Entstaatlichung.

Verhandlungen des Reichszuglers mit Vertretern der Industrie.

Berlin 18. Nov. Reichszugler Dr. Wirth hat gestern Abend Vertreter der Industrie empfangen, um mit ihnen die Kredit- hilfe und die Frage der Entstaatlichung der Reichseisenbahnen zu besprechen. Die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind gestern mit Vertretern der Spitzenverbände der Arbeit- nehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Beratung über die an die Kredithilfe geknüpften Bedingungen, insbesondere die Umformung der Reichseisenbahnen, zusammengetreten. Die Verhandlungen, die vertraulicher Natur sind, werden heute fortgesetzt.

Die mitteleuropäische Krise.

Außenpolitische Erklärungen des tschechischen Ministerpräsidenten.

Prag, 16. Nov. Ministerpräsident Beneš gab heute im Abgeordnetenhaus einen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Zeit. Er sprach die Erwartung aus, daß die Königsfrage in Ungarn künftig im guten Einvernehmen mit allen Beteiligten gelöst werden könne. Der Vertrag der Tschecho-Slowakei mit Polen richte sich weder gegen Deutschland, noch gegen Rußland, noch gegen Ungarn. Die Politik der Tschecho-Slowakei gegen Rußland sei fortgesetzt eine Politik der Nichtmischung. Zur Linderung der Hungersnot in Rußland würden vom Parlament 10 Millionen Kronen verlangt werden. Das Verhältnis der Tschecho-Slowakei zu Deutschland sei offen und ungewis- deutig. Deutschland sei der größte Nachbar. Wirtschaftlich sei die Tschecho-Slowakei auf eine Mitarbeit Deutschlands angewiesen. Wie mit allen Nachbarn, wünsche die Tschecho-Slowakei mit Deutschland ein anständiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis. Die heutige Lage Deutschlands, die allseitig schwer sei und lange Jahre sich nicht bessern werde, zeige, daß Deutsch- land selbst ohne schnelle Einigung, speziell mit seinem hauptsäch- lichen Nachbar Frankreich, nicht leben könne. In Sachen Osterschlesiens erklärte der Ministerpräsident: Ich verteidigte und verteidige den Standpunkt der Friedensverträge. Die bei ihm erbetenen Sachverständigen hätten von der Grenzbestimmung keine Kenntnis gehabt. Der Welt zu erzählen, daß die Tschecho- Slowakei dieses oder jenes dabei erzielen wolle, vielleicht territorial, sei lächerlich und äußerst illoyal. Sie sei kein Werkzeug einer fremden Politik und werde es auch nicht sein. Der

Ministerpräsident schloß mit der Erklärung, das Ziel der Re- gierung bestehe darin, alle politischen Angelegenheiten derart zu lösen, daß alle Parteien und alle Nationen zusammen ge- führt, geehrt und versöhnt würden.

Erklärungen eines deutschen Abgeordneten.

Prag, 16. Nov. Nach der Rede des Ministerpräsidenten Beneš in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses er- klärte der Vertreter der deutschen bürgerlichen Partei, Abg. Dr. Spina, die Mobilisierung habe gezeigt, daß auch die deut- sche Jugend dem Staate gegenüber ihre Pflicht erfüllt habe. Dies sei eine Tatsache von hoher politischer Bedeutung. Es falle den Deutschen in dieser Stunde gewiß nicht leicht, die Ge- fühle maßloser Kränkung und Erbitterung zu unterdrücken, un- ter denen die Deutschen seit dem Umsturz litten. Ihre Opposi- tion wende sich nicht gegen den Bestand des Staates, sondern gegen die Art und Weise, wie regiert und verwaltet werde. Das deutsche Volk, das in diesem Staat, in seinem Körper, sei- ner Wirtschaft und seiner Arbeit eingeschlossen sei, rechne mit dem Staat als einer gegebenen realen Größe. Es müsse jedoch nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte in Anspruch nehmen und verlange jene Stellung, die es zu lebensfähiger Erhaltung bedürfe.

Ein Teil Wehrgegnen von den Oesterreichern besetzt.

Wien, 17. Nov. Amtlich wird verlautbart: Die militärische Besetzung des Landsteils östlich des Neufiedler Sees beendet.

Die Weltkonferenz von Washington.

Schwierigkeiten in der ozeanischen Frage.

London, 17. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chro- nicle“ auf der Washingtoner Konferenz meldet, man habe plötzlich die Schwierigkeiten der Probleme des fernen Ostens erkannt und gerüch- tungsweise verlautet, daß von seiten der britischen und sogar der japanischen Delegation Vorstellungen erhoben worden seien. Staatssekretär Hughes sei bereit, auch in dieser Frage so mutig zu handeln, wie in der Abrüstungsfrage, wenn er dazu getrieben werden sollte. Die Gefahr bestehe, daß die Konferenz wegen dieser heißen Frage auf einen toten Punkt komme. Hughes werde abdann ohne Zögern die gesamte Frage vor die Meinung der Welt bringen; es sei jedoch sehr wahrscheinlich, daß Japan zu allererst mit einem durchdachten Plan hervortreten werde. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ ist der Ansicht, daß, wenn Staatssekretär Hughes dafür eintreten sollte, daß China das gesamte Gebiet von Groß-China umfasse, soweit es nicht endgültig veräußert worden sei, es schwierig sein würde, die be- dingungslose Zustimmung Japans dazu zu erhalten. Wie der Son- derberichterstatter des Blattes außerdem meldet, ist das japanische Marineamt wegen der britischen Forderung in der U-Bootsfrage in Verlegenheit.

Washington, 17. Nov. (Havas.) In der heutigen nichtöffent- lichen Sitzung begnügte sich Hughes mit allgemeinen Darlegungen über die Notwendigkeit, jeden Grund zu einem Konflikt aus Fragen des fernen Ostens zu beseitigen, nachdem man es unternommen habe, eine Flottenrüstungsphase einzutreten zu lassen. Er empfahl die Wie- deraufrichtung Chinas mit seiner alten Zivilisation und seiner Ar- beitskraft. Dann rühmte er Japan und seine erstaunlichen Fort- schritte und wies auf die Notwendigkeit hin, im fernen Osten den Grundfah der offenen Tür aufzustellen. Er erkannte jedoch an, daß Japan sich an der Schwelle Chinas befinde und sich anboten zu wollen, daß er geneigt sei, Japan eine Art Sonderstellung einzuräu- men ungefähr wie die, welche in den im Abkommen Lanfang-Pchii festgelegten Rechten enthalten ist. Amerika habe gegen diese Allge- meinheiten kein Programm aufgestellt. — Die chinesische Delegation übernahm es, ihre Anträge als Grundlage für die Debatte vor- zulegen.

Washington, 17. Nov. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt mitteilen zu können, daß die Flottenabverständigen bei der Prüfung des Hughes'schen Entwaffnungsprogramms nicht allein die Verminderung der Flotten Großbritanniens, der Vereinig- ten Staaten und Japans, sondern auch die der Flotten Frankreichs und Italiens ins Auge fassen. Ein Ausschuss von Vertretern der eingeladenen Mächte sei heute vormittag in die Prüfung der den fern- en Osten betreffenden Fragen eingetreten. Es sei nicht zweifelhaft, daß, wenn die Konferenz keine gütliche Lösung des gegenwärtigen Widerstreits der Interessen im fernen Osten fände, die interessierten Mächte darauf verzichten würden, abzurufen.

Frankreich und Italien für Verstärkung ihrer Seemacht.

Paris, 17. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington sind die französischen und die italienischen Sachver- ständigen zu der Auffassung gelangt, daß ihre Seemacht eher ver- stärkt als herabgesetzt werden müsse. Der italienische Standpunkt sei, Italien müsse eine Kriegsmarine haben, die derjenigen Fran- reichs gleichkomme, schlußmessenfalls sich aber zu ihr verhalte wie

8:10. Italien habe 4000 Kilometer Küste zu behaupten und eine sehr dichte Bevölkerung; außerdem importiere es seine gesamten Kohlen, ein Drittel seines Getreides und fast seine gesamten Rohstoffe. Es bestrebe eine starke italienische Strömung zugunsten eines regelrechten Abkommens mit Frankreich, was die militärischen Kosten beider Nationen erleichtern würde. Vereint würden ihre beiden Flotten das Mittelmeer beherrschen und den beiden Ländern den Widerstand gegen jeden Angriff ermöglichen. Die italienische öffentliche Meinung sei auch für eine Beschränkung der Rüstungen in Osteuropa und auf dem Balkan.

**Kein Vorschlag Amerikas zur Abrüstung zu Lande.**  
London, 18. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter der „Associated Press“ meldet, daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht habe, während der Konferenz irgend ein endgültiges Programm über die Verminderung der Landstreitkräfte zu unterbreiten. Soweit bekannt ist, hat keine der auswärtigen Delegationen derartige Vorschläge mitgebracht. Irland hat bereits geäußert, daß Frankreich ein Heer haben wolle, das genügend groß sei, um es gegen seine Nachbarn zu schützen. Die gesamte Frage der Heere wird voraussichtlich an den Ausbruch der gesamten Konferenz verwiesen werden. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß das amerikanische Heer bereits so vermindert worden sei, wie es mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten vereinbar sei. England sei in gleicher Lage und daher eine weitere Verminderung des englischen Landheeres nicht möglich. Weder Amerika noch England wünschten aber von sich aus irgend welche Verminderung der Heere anderer Mächte vorzuschlagen. — In dem Bericht heißt es weiter, man sei sehr gespannt, ob Frankreich vorschlagen werde, daß ihm von Großbritannien und Amerika endgültige Zusicherungen gegeben würden für den Fall, daß es von Deutschland angegriffen werde. Mit voller Ermächtigung wurde erklärt, daß ein solcher Wunsch Frankreichs entkündigt werden würde. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich jedem derartigen Uebereinkommen. Die amerikanischen Delegierten hätten zu diesem Punkt angeblich die Unterstützung Großbritanniens und Kanadas zugesichert erhalten.

**Brands Deutschherbe.**  
Washington, 17. Nov. (Durch Funkdruck.) Die „Associated Press“ veröffentlicht eine Unterredung Brands, worin dieser sagte, Frankreich sei isoliert und in einer anderen Lage als Amerika, England und Japan, wenn diese ihre Rüstungen zur See einschränken sollten. Diese Länder seien miteinander befreundet und wollten als Freunde unter sich die Rüstungen in gerechter und vernünftiger Weise einschränken. Frankreich dagegen stehe nicht in solch einem Verhältnis zu Deutschland, deshalb müsse Frankreich die notwendigen Vorkehrungen für seine Sicherheit treffen. Deutschland sei in der Lage, sehr schnell 5 oder 6 Millionen Mann, die im Heer gedient haben, zu mobilisieren. Frankreich müsse darum in der Lage sein, eine genügende Truppenmacht aufzustellen, um eine schnelle Mobilisierung Deutschlands zu verzögern oder zu verhindern. Brand sagte, er werde sich in einer Rede über diese Frage äußern, sobald Harding ihm dazu Gelegenheit gebe.

**Paris, 17. Nov.** Der Sonderberichterstatter von Havas meldet aus Washington, Irland werde sich am 16. November an Bord des Dampfers „Paris“ nach Frankreich einschiffen. Am Montag werde er der Konferenz den französischen Standpunkt hinsichtlich der Abrüstung zu Wasser und zu Lande unterbreiten. Er werde davor warnen, daß Frankreich auf die natürlichen Grenzen des Rheins verzichtet habe angeht des geplanten Garantievertrags der Dreimächte, der aber nicht zustande gekommen sei und daß Frankreich daher gezwungen sei, seine Armeen zum Schutz seiner nur ungenügend gesicherten Grenzen beizubehalten. Da die Verhaftung der jetzigen Flottenstützen der befreundeten Nationen als unerlässlich anerkannt worden sei, so sei die Aufrechterhaltung der Landstreitkräfte mit Rücksicht auf das — wie Havas behauptet — feindselige Deutschland noch weit mehr begründet. Irland werde daher die Konferenz bitten, in aller Form anzuerkennen, daß die Sicherheit Frankreichs die Verhaftung seiner Armeen in ihrer jetzigen Stärke erfordere.

**Abbruch eines Abkommens zwischen Japan und Amerika über die Insel Yap.**  
Paris, 17. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington haben die Ver. Staaten und Japan ein endgültiges Abkommen über die Insel Yap abgeschlossen. Die offizielle Bekanntgabe werde nach Zustimmung der Signatarmächte des Versailler Vertrags erfolgen.

## Ausland.

### Der französische Finanzminister zur Finanzlage Deutschlands.

Paris, 18. Nov. In der gestrigen Kammereröffnung beantwortete Finanzminister Doumer verschiedene Interpellationen über die Finanzlage Frankreichs. Im Laufe seiner Rede sprach er auch von der Finanzlage Deutschlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, um den Bedürfnissen des Wiederaufbau-Gebietes Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete de Laforest habe sehr interessante Auskünfte gegeben, die mit denen der Regierung gleichstufen und bewiesen, daß, wenn Deutschland — er sage nicht nur die augenblickliche Regierung Deutschlands — wolle, dann könne es bezahlen. Deutschland besitze Aktien, die es schwer in Goldmark und in ausländische Devisen umwandeln könne. Aber es seien deutsche Vermögen vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Esprit zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten sich aber von den Folgen Rechenschaft ablegen, die ein bankrottes Deutschland nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereignen werde, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die die deutsche Reichs-einheit kaum überleben könne. (Lebhafte Beifall.) Die Aktien, insbesondere aber Frankreich, könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrag den Deutschen zufielen. (Beifall.) Der Finanzminister erklärte, er bewahre immer den Gedanken, daß Deutschland

den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde und er sehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage Frankreichs darin, daß die von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben gezahlt würden. Wenn möglich, so schloß er die Erörterung über diese Frage, müssen wie die Schuld Deutschlands internationalisiert. (Beifall.)

### Die serbisch-albanische Streitfrage vor dem Völkerbundrat.

Paris, 17. Nov. Der Völkerbundrat, der zu einer außerordentlichen Sitzung wegen der albanischen Angelegenheit zusammengetreten ist, wird die Beratung heute in der öffentlichen Sitzung beginnen. Die erste Sitzung war rein förmlich, da mehrere ordentliche Mitglieder des Rats abwesend waren und die Abgeordneten von Albanien und Serbien noch nicht eingetroffen sind. Dieser wird heute öffentlich den britischen Standpunkt darlegen. Es ist möglich, daß die Albaner das Wort ergreifen werden. Was die Serben anbelangt, so sind ihre Instruktionen unvollständig. Die zuständigen Kreise halten dafür, daß die serbisch-albanische Angelegenheit schleunigst zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt werden muß.

### Sowjet-Rußland zur Regelung über die Aland-Inseln.

Stockholm, 16. Nov. Die Sowjetregierung hat dem Ministerpräsidenten und Außenminister Branting eine Note überreichen lassen, in der es heißt, die russische Regierung halte es angeht der Bedeutung, die die Aland-Inseln für die arbeitenden Massen Rußlands haben, für ihre unabwiesbare Pflicht, keine Veränderung in der rechtlichen Stellung der Aland-Inseln ohne ihre Mitwirkung zu dulden. Die russische Regierung betrachte die Aland-Konvention vom 29. Oktober als nicht vorhanden und sehe die Teilnahme der schwedischen Regierung an der Aland-Konferenz in Genf als eine Kränkung und als feindselige Handlung an.

### Rußland und das französisch-türkische Abkommen.

Paris, 13. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird aus Ankara berichtet, daß der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in Ankara auf Anweisung seiner Regierung von dem nationalen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten neue Erklärungen über den türkisch-persischen Vertrag und das französisch-türkische Abkommen verlangt habe.

### Ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Südlawien.

Graz, 15. Nov. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Das Komitee für wirtschaftliche und finanzielle Fragen beriet heute über die Vorlage betreffend den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Südlawien und Deutschland. Der materielle Teil des Vertrags wurde angenommen, während der politische Teil dem Ministerium des Innern zur Einsicht überwiesen wurde.

### Polnische Abschlagszahlung auf die Danziger Eisenbahnen.

Danzig, 15. Nov. Die polnische Regierung hat dem Senat gemäß dem getroffenen Uebereinkommen den Betrag von 30 Millionen Mark als Abschlagszahlung auf die zu überweisenden Eisenbahnen überwiesen.

### Der Vorsitzende für deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen.

Genf, 17. Nov. Die Meldung des „Matin“, daß der Völkerbundrat den ehemaligen Präsidenten des schweizerischen Bundesrats, Calonder zum Vorsitzenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen betreffend Oberschlesien bestimmt habe, bestätigt sich. Die Verhandlungen werden in Genf in einigen Tagen beginnen.

### Sucht vor Rückkehr der Türken.

Athen, 15. Nov. (Griech. Pressebüro.) Auf den Hilferuf des armenischen Erzbischofs von Smyrna anläßlich der Räumung von Cilizien durch die Franzosen an den griechischen Ministerpräsidenten antwortete dieser, daß die griechische Regierung unverzüglich drei Schiffe nach Mersina besohlen habe. Da gegenwärtig nicht mehr zur Verfügung ständen, sollten die armenischen Flüchtlinge auf Zypern gelandet werden.

Athen, 15. Nov. Nach Athener Zeitungen läuft die Frist, innerhalb der die französischen Truppen Cilizien geräumt haben müssen, am 20. ds. Mts. ab. Der gesamte christlichen Bevölkerung der Provinz hat sich tiefe Trostlosigkeit bemächtigt. Sie gebeten, Irland zu erlösen, den Abmarsch der französischen Truppen auf ein späteres Datum zu verschieben, um wenigstens die Auswanderung der Frauen, Kinder und Greise sicher zu stellen. Die gleiche Unruhe herrscht bei der christlichen Bevölkerung an den Küsten des Schwarzen Meeres.

Athen, 17. Nov. (Agence d'Athènes.) Nach Berichten von Griechen und Armeniern aus Mersina, die mit ihren Angehörigen auf einem italienischen Paketboot im Pgräus eingetroffen sind, dauert die Massenflucht der nicht-muslimischen cilizischen Bevölkerung an der Küste weiter an. Die Flüchtlinge warten auf ihren Abtransport.

### Die Voraussetzungen für einen englischen Privatkredit an Deutschland.

London, 15. Nov. Die Vertreter von Londoner Finanzhäusern erklärten, daß sie Deutschland kein Guthaben bewilligen würden, ausgenommen auf der Grundlage einer dauernden und befriedigenden Regelung des Problems der deutschen Verpflichtungen, da der Beschluß der Mark der Finanzwelt einen zu großen Stoß verfehle, als daß sie sich veranlaßt sehen könnte, Deutschland ohne jede solide Grundlage Geld vorzuschließen.

### Die engl. Arbeiterchaft gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags.

London, 14. Nov. In einer Rede in Liverpool erklärte Henderson, die englische Arbeiterchaft sei der Ansicht, Deutschland müsse bestimmt direkt Reparationen leisten. Die Verminderung

der Produktionskraft Deutschlands durch die Teilung Oberschlesiens mache dies jedoch unmöglich. Die englischen Arbeiter verurteilten die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags und seien der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland unmöglich machen.

## Aus Stadt und Land.

### Calw, den 18. November 1921.

### Dienstnachrichten.

Durch Entlassung des Herrn Staatspräsidenten wurde Herr Obersekretär Ernst Hirtz in Calw zum Bezirksnotar in Ludwigsburg ernannt.

### Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. November 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 11 Ochsen, 5 Rinder, 1 Ferkel, 10 Kühe, 50 Kälber, 6 Schweine, 18 Schafe und 3 Ziegen.

### Kanalbauertwille.

Die vom Südbadischen Kanalverein aufgestellten Projekte für eine schiffbare Verbindung des Neckars mit der Donau und der Donau mit dem Bodensee sind in allen Einzelheiten fertiggestellt und der wirtl. Regierung übergeben worden. Ein Prüfungsausschuß aus Vertretern des Reichs, der beteiligten Länder und des Südbadischen Kanalvereins wird sich zum mehr mit dem Studium der Pläne zu befassen haben. Zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit der Alibiüberquerung ist eine neue wasserwirtschaftliche Lösung gefunden worden, die dem Projekt eines Rhein-Neckar-Donau-Kanals die Finanzierung wesentlich erleichtert wird.

### Mitmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck im Osten hält sich. Die im Westen ausfallenden Störungen machen nur langsame Fortschritte. Am Samstag und Sonntag ist vielfach trübes, aber noch vorwiegend trodenes und kaltes Wetter zu erwarten.

### Vom Steuerverteilungsausschuß.

Der Steuerverteilungsausschuß hat kürzlich die Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock an die Gemeinden endgültig für das Jahr 1920 verteilt. Die Einnahmen des Ausgleichsstocks betragen aus 12 Millionen M aus allgemeinen Steuermitteln des Landes, rund 3,765 Mill. M aus Erhöhung des Gemeindeanteils und 53 000 M aus Umschlagsteuern der Monopolverwaltungen des Reichs, zusammen 15,82 Mill. M. Es haben 515 Gemeinden und Teilgemeinden, die den Umlagefuß von 25 Proz. mit zusammen rund 32 Mill. Mark überschritten, Zuschüsse beantragt. Da aber nur 15,82 Mill. M zur Verfügung standen, konnte der Ausschuß zu den 25 Prozent überschreitenden Umlagebeträgen durchschnittlich schwach 50 Prozent als Zuschuß gewähren. Bei einer Reihe von Gemeinden in besonders ungünstiger Lage erwies sich ein höherer Zuschuß bis zu 75 Prozent des Höchstbetrags notwendig zur finanziellen Erhaltung. Deshalb mußte bei einer Reihe von Gemeinden in günstiger Lage unter den Durchschnittsfuß von 50 Prozent gegangen werden. Daher kam es auch, daß Anträge von 56 Gemeinden unberücksichtigt gelassen werden mußten. Sie überschreiten die Umlage von 25 Prozent nur um geringe Beträge, sind aber nicht in ungünstiger Lage als viele Gemeinden mit einer Umlage von weniger als 25 Proz. Einige Gemeinden mit einer Umlage bis zu 40 Proz. wurden abgewiesen, weil sie bei anderer Finanzgebarung die Umlage von 25 Proz. nicht zu überschreiten brauchten. Zusammen wurden 15,65 Mill. Mark Zuschüsse in drei Gruppen mit progressiver Abstufung verteilt und ein Rest von 170 000 M zurückgestellt. Auf die ländlichen Gemeinden entfällt etwas über 60 Prozent betr. Höchstbeträge. Für das Jahr 1921 wird ein wesentlich geringerer Prozentsatz der Höchstbeträge gewährt werden. Für die nächste Verteilung des Ausgleichsstocks werden die Grundzüge nachgeprüft. Die Anträge sind bis 10. Dez. den Oberämtern und bis 31. Dez. dem Verteilungsausschuß vorzulegen.

### Wohnungsbau- und Besoldungsfragen im Finanzausschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Nov. Der Finanzausschuß beschäftigte sich heute mit der Ziffer 3 des Antrags Scheef'scher Pflüger betr. Preisobergrenze für die Lieferung von Holz für Wohnungsbauten. Nach den Erklärungen des Vertreters der Forstdirektion wird abgesehen von der Erhöhung der Forstlage, durch die neue Verfügung vom 8. Nov. 1921 nichts wesentliches geändert. An der eingehenden Besprechung beteiligten sich der Minister des Innern, der Leiter der Ministerialabteilung für das Wohnungswesen und die Vertreter sämtlicher Parteien. Dabei kam der Wunsch zum Ausdruck, die betreffende Bestimmung der Ministerialverordnung möglichst klar zu formulieren und insbesondere dahinzusetzen, daß die Preise für eine längere Zeitperiode tunlichst gleich bleiben. Der Abg. Ströbel (W.B.) beantragte, in dem Antrag Scheef'scher Pflüger die Bestimmung aufzunehmen, daß das Holz für Wohnungsbauten zu einem während des Wirtschaftsjahres möglichst gleichen Preise an die Bauherren abgegeben wird. Weiter wurde gewünscht, daß noch nähere Angaben und Berechnungen den Mitgliedern des Finanzausschusses mitgeteilt werden. Auf Anregung des Ministers des Innern wurde beschlossen, die Erledigung des Antrags zu vertagen. Inzwischen soll die Regierung die neue Formulierung der Sache vorbereiten und entsprechende Berechnungen anfertigen. Alsdann würde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungsbauabgabegesetzes beraten. Der Berichterstatter Scheef erläuterte kurz die Änderungen und beantragte Genehmigung des ganzen Entwurfs. Die Bürgerpartei und der Bauernbund machten ihren ablehnenden Standpunkt auch für diesen Entwurf geltend. Ein gleichwohl vom Abg. Ströbel eingebrachter Währungsantrag wurde abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Bürgerpartei und

der Unabhängigen geordnet bearbeitet. Die englischen Arbeiter verurteilten die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags und seien der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland unmöglich machen.

Agold, 17. Nov. In der Zeit vom 1. bis 15. November 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 11 Ochsen, 5 Rinder, 1 Ferkel, 10 Kühe, 50 Kälber, 6 Schweine, 18 Schafe und 3 Ziegen.

Die vom Südbadischen Kanalverein aufgestellten Projekte für eine schiffbare Verbindung des Neckars mit der Donau und der Donau mit dem Bodensee sind in allen Einzelheiten fertiggestellt und der wirtl. Regierung übergeben worden. Ein Prüfungsausschuß aus Vertretern des Reichs, der beteiligten Länder und des Südbadischen Kanalvereins wird sich zum mehr mit dem Studium der Pläne zu befassen haben. Zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit der Alibiüberquerung ist eine neue wasserwirtschaftliche Lösung gefunden worden, die dem Projekt eines Rhein-Neckar-Donau-Kanals die Finanzierung wesentlich erleichtert wird.

Der Hochdruck im Osten hält sich. Die im Westen ausfallenden Störungen machen nur langsame Fortschritte. Am Samstag und Sonntag ist vielfach trübes, aber noch vorwiegend trodenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Der Steuerverteilungsausschuß hat kürzlich die Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock an die Gemeinden endgültig für das Jahr 1920 verteilt. Die Einnahmen des Ausgleichsstocks betragen aus 12 Millionen M aus allgemeinen Steuermitteln des Landes, rund 3,765 Mill. M aus Erhöhung des Gemeindeanteils und 53 000 M aus Umschlagsteuern der Monopolverwaltungen des Reichs, zusammen 15,82 Mill. M. Es haben 515 Gemeinden und Teilgemeinden, die den Umlagefuß von 25 Proz. mit zusammen rund 32 Mill. Mark überschritten, Zuschüsse beantragt. Da aber nur 15,82 Mill. M zur Verfügung standen, konnte der Ausschuß zu den 25 Prozent überschreitenden Umlagebeträgen durchschnittlich schwach 50 Prozent als Zuschuß gewähren. Bei einer Reihe von Gemeinden in besonders ungünstiger Lage erwies sich ein höherer Zuschuß bis zu 75 Prozent des Höchstbetrags notwendig zur finanziellen Erhaltung. Deshalb mußte bei einer Reihe von Gemeinden in günstiger Lage unter den Durchschnittsfuß von 50 Prozent gegangen werden. Daher kam es auch, daß Anträge von 56 Gemeinden unberücksichtigt gelassen werden mußten. Sie überschreiten die Umlage von 25 Prozent nur um geringe Beträge, sind aber nicht in ungünstiger Lage als viele Gemeinden mit einer Umlage von weniger als 25 Proz. Einige Gemeinden mit einer Umlage bis zu 40 Proz. wurden abgewiesen, weil sie bei anderer Finanzgebarung die Umlage von 25 Proz. nicht zu überschreiten brauchten. Zusammen wurden 15,65 Mill. Mark Zuschüsse in drei Gruppen mit progressiver Abstufung verteilt und ein Rest von 170 000 M zurückgestellt. Auf die ländlichen Gemeinden entfällt etwas über 60 Prozent betr. Höchstbeträge. Für das Jahr 1921 wird ein wesentlich geringerer Prozentsatz der Höchstbeträge gewährt werden. Für die nächste Verteilung des Ausgleichsstocks werden die Grundzüge nachgeprüft. Die Anträge sind bis 10. Dez. den Oberämtern und bis 31. Dez. dem Verteilungsausschuß vorzulegen.

Wohnungsbau- und Besoldungsfragen im Finanzausschuß.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Nov. Der Finanzausschuß beschäftigte sich heute mit der Ziffer 3 des Antrags Scheef'scher Pflüger betr. Preisobergrenze für die Lieferung von Holz für Wohnungsbauten. Nach den Erklärungen des Vertreters der Forstdirektion wird abgesehen von der Erhöhung der Forstlage, durch die neue Verfügung vom 8. Nov. 1921 nichts wesentliches geändert. An der eingehenden Besprechung beteiligten sich der Minister des Innern, der Leiter der Ministerialabteilung für das Wohnungswesen und die Vertreter sämtlicher Parteien. Dabei kam der Wunsch zum Ausdruck, die betreffende Bestimmung der Ministerialverordnung möglichst klar zu formulieren und insbesondere dahinzusetzen, daß die Preise für eine längere Zeitperiode tunlichst gleich bleiben. Der Abg. Ströbel (W.B.) beantragte, in dem Antrag Scheef'scher Pflüger die Bestimmung aufzunehmen, daß das Holz für Wohnungsbauten zu einem während des Wirtschaftsjahres möglichst gleichen Preise an die Bauherren abgegeben wird. Weiter wurde gewünscht, daß noch nähere Angaben und Berechnungen den Mitgliedern des Finanzausschusses mitgeteilt werden. Auf Anregung des Ministers des Innern wurde beschlossen, die Erledigung des Antrags zu vertagen. Inzwischen soll die Regierung die neue Formulierung der Sache vorbereiten und entsprechende Berechnungen anfertigen. Alsdann würde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wohnungsbauabgabegesetzes beraten. Der Berichterstatter Scheef erläuterte kurz die Änderungen und beantragte Genehmigung des ganzen Entwurfs. Die Bürgerpartei und der Bauernbund machten ihren ablehnenden Standpunkt auch für diesen Entwurf geltend. Ein gleichwohl vom Abg. Ströbel eingebrachter Währungsantrag wurde abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Bürgerpartei und

Die Teilung Ober-  
Die englischen Arbeiter  
nungen des Verfallens  
dass die Aufrechterhaltung  
stellung des wirtschaftlichen  
machen.

### Land.

1. November 1921.  
Präsidenten wurde der  
Bezirksnotar in Tübingen

### Landhaus.

1921 wurden im  
5. Oktober 1. Farrn,  
5 und 3 Ziegen.

### Tag und Sonntag.

le im Westen auf  
ame Fortschritte. Am  
aber noch vorwiegend  
en.

### auskunft.

kurzlich die Zuschüsse  
en endgültig für das  
des Ausgleichsfonds  
nen Steuermitteln des  
a des Gemeindefonds  
Monopolverwaltungen  
haben 15 Gemeinden  
von 25 Proz. mit zu  
n, Zuschüsse beantragt  
ng standen, konnte der  
enden Umlagebeträgen  
Zuschuß gewähren. Bei  
ungünstiger Lage  
erzent des Höchstbetrags  
Deshalb mußte bei  
erer Lage unter den  
werden. Daher kam  
unberücksichtigt gelassen  
mlage von 25 Prozent  
in ungünstiger Lage  
n weniger als 25 Proz.  
zu 40 Proz. wurden  
gebarung die Umlage  
ten. Zusammen wur-  
ruppen mit prozentwei-  
70 000 M zurückgestellt.  
etwas über 60 Proz.  
1921 wird ein wesent-  
liche gewährt werden.  
eichsfonds werden die  
bis 10. Dez. den Ober-  
auskunft vorzulegen,  
mungsfragen

### Finanzsachverhalt.

Finanzsachverhalt be-  
Scheef-Andr  
Lieferung von  
Lieferungen des  
n von der Erhöhung  
g vom 8. Nov. 1921  
gehenden Besprechung  
der Leiter der Min-  
n und die Vertreter  
sch zum Ausdruck, die  
erfüllung möglichst klar  
zu wirken, daß die  
möglichst gleich bleiben.  
in dem Antrag Scheef  
ymen, daß das Bau-  
rend des Wirtschaft-  
Bauherren abgegeben  
nähere Angaben und  
auschusses mitgeteilt  
des Innern wurde be-  
vertragen. Inzwischen  
der Sache vorbereiten  
gen. Alsdann wurde  
nung des Wohnungs-  
atter Scheef erläu-  
gte Genehmigung des  
und der Bauernbund  
auch für diesen Ent-  
g. Ströbel einge-  
lehnt und das Gesetz  
der Bürgerpartei und

der Unabhängigen angenommen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte daß die nach der Denkschrift über die Fortführung der Steuerreform in 1344 Gemeinden vorgezeichnete Gebüdenanzahlsgrenzen auch auf die restlichen 563 Gemeinden ausgedehnt werde. Ein Regierungsvertreter wandte u. a. ein, daß bei der Ueberlastung der Steuerbehörden die Durchführung dieses Antrags zurzeit unmöglich sei und dazu führen würde, auch in den übrigen Gemeinden eine Revision vorzunehmen. Mit Rücksicht darauf wurde der Antrag abgelehnt. Nach Erledigung einiger Eingaben machte der Staatspräsident Mitteilung über die Auswirkung der Besoldungsänderungen auf die Bezüge der Geistlichen. Notwendig sei die Ausbezahlung eines Vorrückes auf den 1. Dezember, der für einen ständigen evangelischen Geistlichen in der untersten Stufe den Betrag von 3000 M ausmacht. Ein Antrag Scheef, die Regierung zu dieser Ausbezahlung zu ermächtigen, wurde mit 2 Enthaltungen und 2 Nein angenommen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 4 Uhr. Mitteilungen des Staatspräsidenten über die Auswirkung der Besoldungsänderung auf die Theaterangehörigen; Beschlussefassung über den Antrag betr. die Bauholzpreise für Wohnungsbauten; Eingaben und Rechnungsprüfungen.

Agold, 17. Nov. Gemeinderat. Die Bewohner der Siedlungsanlagen an der Calwerstraße wünschen Ausdehnung der Straßenbeleuchtung auch auf diese Gegend der Stadt. Genehmigt wird die Anbringung je einer Lampe beim Speidelschen Anwesen und beim Schlachthaus; der Kostenpunkt beträgt 1000 Mark. In nächster Zeit anfallende Tiefbauarbeiten der Stadt, u. a. die Anlage einer Wasserbohle vom Versorgungsstranzenhaus Walder entlang der Staatsstraße und die Erweiterung der Wasserwerkanlage auf dem Galgenberg sollen in Wäde zur Vergebung kommen. Für Ausstellung von Radfahrkarten wird künftig bei der erstmaligen Ausstellung eine Gebühr von 6 M, für jede Erzielerkarte eine Gebühr von 4 M erhoben. Dem Landesfinanzamt Stuttgart wird mitgeteilt, daß gegen die Zumutung einer Grunderwerbsteuer anlässlich des Ankaufs des früheren „Nöble“ durch die Stadt beim Reichsfinanzgerichtshof in München unter Befugigung eines oberamtsärztlichen Zeugnisses Rechtsbeschwerde eingelegt wird. Wie man hört, beabsichtigt die Oberklasse des Seminars unter Führung von H. Professor Rau'er zur Veranschaulichung des staatsbürgerlichen Unterrichts einer öffentlichen Gemeinderats-sitzung beizuwohnen. Gegen ein diesbezügliches Gesuch kann prinzipiell nichts eingewendet werden. Der Kreisregierung soll ein Entwurf vorgelegt werden, wonach künftig als Einkommensgeld zur Erlangung des Bürgerrechts 400 M zu entrichten sind.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Das Städt. Nachrichtenamt teilt mit: Auf bisher noch unaufgeklärte Weise entstand am Gasbehälter 1 der Gasfabrik Gaisburg ein Brand, der durch die herbeigerufenen Feuerwachen der Berufsfeuerwehr in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht wurde. Eine Explosionsgefahr hat über die Dauer des Brandes nicht bestanden, da der betreffende Gasbehälter regelrecht im Betrieb, also nur mit reinem Gas gefüllt war, das ohne Luftbeimischung nicht zur Explosion kommen kann. Während des Brandes wurde infolge der Hitzeentwicklung eine Anzahl Nietnähte der Gasbehälterglocken undicht. Das dort ausströmende Gas entzündete sich ebenfalls. An den Gienkonstruktionen entstanden einige Verbiegungen. Die Gienkonstruktionen des Gasbehälters scheinen intakt geblieben zu sein. Irgend eine Beeinträchtigung oder Unterbrechung der Gasversorgung infolge des Brandfalls wird nicht eintreten.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Die Ermittlungen der Polizeidirektion zur Feststellung, wie der Brand an dem Gasbehälter in der Gasfabrik entstanden ist, haben ergeben: Der Gasbehälter ist eine aus 2 Millimeter starkem Eisenblech angefertigte, aus mehreren ineinander verschiebbaaren Teilen bestehende Glocke, deren untere Ränder unter Wasser tauchen, um stets luftdichten Verschluss herzustellen. Um das Rosten der im Wasser eingetauchten Eisenteile möglichst zu verhindern, ist auf das Wasser an der Außenfette des Behälters eine Schicht von fog. Schalteröl gelegt. Höchstwahrscheinlich ist durch irgend einen

Umstand, der auf chemische oder physikalische Ursachen zurückzuführen ist, dieses Öl, dessen Flammpunkt erst bei hohen Siedegraden erreicht ist, zur Entzündung gelangt. Hierdurch wurde die weithin sichtbare Feuerfäule, die den Anschein erweckte, als ob der ganze Gasbehälter brenne, verursacht. Da während des ganzen Tages niemand an dem Gasbehälter beschäftigt war, hat sich die Vermutung, daß das Feuer durch Unvorsichtigkeit entstanden ist, nicht bestätigt. Infolge der Erhöhung des Gasbehälters sind an vielen Stellen Undichtigkeiten entstanden, an denen ausströmendes Gas sich entzündete.

(S.C.B.) Oberndorf, 16. Nov. Beim Fensterputzen in der Waffenfabrik stürzte die 40 Jahre alte Ehefrau des Fabrikarbeiters Ernst Wolf von einer Bodentreppe so unglücklich ab, daß sie bewußtlos ins Spital gebracht werden mußte, wo sie nach einer Stunde starb. Sie hinterläßt ein Kind.

(S.C.B.) Ulm, 16. Nov. (Mord.) Gestern vormittag 11 Uhr schlich sich ein junger Mann in die Wohnung der 82 Jahre alten Kunstfeuerwerkerswitwe Mader, Keplerstraße 24 part. um zu stehlen. Als die alte Frau den Dieb überraschte, warf er sie auf den Boden und versetzte ihr mit dem bereitgehaltenen Messer einen Stich in die Schläfe, der den Tod zur Folge hatte. Der Dieb machte keine Beute. Eine Frau des oberen Stocwerks kam dazu, worauf der Täter die Flucht ergriff. Er wurde gleich verfolgt und konnte durch die Polizei in der unteren Karlsstraße festgenommen werden. Man vermutet, daß der Mörder Genossen hat. Er ist aus Ling gebürtig.

(S.C.B.) Ulm, 16. Nov. An der Nordlat, der die 82 Jahre alte Kunstfeuerwerkerswitwe Mader zum Opfer fiel, waren außer dem 22jährigen, aus Ling gebürtigen Mörder nach umlaufenden Gerüchten weitere Personen beteiligt. Ein an der Tat Beteiligter soll von Ulm sein und mit einer Frauensperson in Verbindung gestanden haben, durch deren Vermittlung er und von ihm sodann der Mörder Schlüssel zur Wohnung des Opfers erhalten hätten. Der Polizei soll es gelungen sein, den Mittäter in Geislingen festzunehmen.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung von heute früh auf 258.75 M.

#### Die Erhöhung der Fahrpreise.

Das Reisen wird im nächsten Jahr um nicht weniger als 100 Proz. teurer d. h. unerschwinglich sein. Zunächst tritt nämlich am 1. Dezember eine Tarifierhöhung um 30 Proz. ein. Vom 1. Februar 1922 ab kommt dann eine weitere Erhöhung um 50 Proz. Eine Fahrt, die heute 100 M Fahrgehalt kostet, wird also vom 1. Februar 1922 ab auf 200 M zu stehen kommen. Für die Reise Berlin-München wird man 3. Klasse 280 M, hin und zurück also 560 M aufwenden müssen. Da die Einkommen auch bei den höchstbesoldeten Beamten und Festangestellten solche enormen Ausgaben für Bahnfahrten nicht zulassen, so hat die bevorstehende Tarifierhöhung zur Folge, daß die nicht an Schiebergewinnen Beteiligten von der Benützung der Bahn beinahe ausgeschlossen sind. In demselben Ausmaß wird natürlich die beabsichtigte Erhöhung der Gütertarife eine ungeheure Verteuerung der Warenpreise auf Kosten der Verbraucher herbeiführen.

#### Aus der amerikanischen Baumwollindustrie.

Wie dem Manchester Guardian zu entnehmen ist, arbeiten in den Vereinigten Staaten 3 1/2 Millionen Spindeln gar nicht und 1 1/2 Mill. Spindeln mit verkürzter Arbeitszeit. Der Rest arbeitet bei der Mehrzahl der Spinnereien 8, 6 Stunden am Tag oder 51.6 Stunden in der Woche, während eine kleine Anzahl Spinnereien volle 60 Stunden in der Woche arbeitet.

#### Märkte.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 223 Ochsen, 23 Bullen, 150 Jungbullen, 157 Jungriinder, 316 Kühe, 557 Kälber und 800 Schweine. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: (Ochsen 1) 760-850, 2) 570-700, Bullen 1) 750-800, 2) 600 bis 700, Jungriinder 1) 800-890, 2) 680-730, 3) 560-650, Kühe 1) 580-630, 2) 400-520, 3) 300-400, Kälber 1) 950 bis

1040, 2) 860-940, 3) 770-840, Schweine 1) 1600-1680, 2) 1420-1520, 3) 1200-1350 M. Verkauf des Marktes: Schweine lebhaft, sonst mäßig.

(S.C.B.) Ulm, 17. Nov. Der gestrige Pferdemarkt wies eine gute Zufuhr auf. Die Preise bewegten sich zwischen 12- und 30 000 M. Es wurde lebhaft gehandelt.

(S.C.B.) Ulm, 17. Nov. Dem Pferdemarkt waren über 500 Pferde zugeführt. Handel lebhaft. Preise für junge Arbeitspferde 23-33 000 M; ganz schwere bis 35 000 M, junge mittelschwere Arbeitspferde 23-28 000 M, ältere Pferde 7000-12 000 Mark, Schlachtpferde 1000-4000 M.

(S.C.B.) Murrhart, 16. Nov. Dem Schaafmarkt am Montag wurden 270 Stück zugetrieben. 150 Stück wurden verkauft. Lämmer kosteten 550-700 M, Brackschafe 600-700 M, Fährlinge 800-900 M, Lämmer 1200-1300 M je das Paar. Eine Herde Hammel (ca. 200 Stück) wurde in der Nähe des Schaafmarktes zum Preis von 1300 M pro Paar verkauft.

(S.C.B.) Murrhart, 17. Nov. (Schaafmarkt) Zuf. 1026 verl. 612, Preis: Hammel 1050-1450 M, Lämmer 500-1000 M, Brackschafe 700-850 M, Mutterchafe 800-1100 M pro Paar. Der Handel war bei steigenden Preisen lebhaft.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrslosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

### Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.  
Totensonntag, 20. Nov. 1921. Vom Turm: 5.34. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Kirchenchor: „Dem dunklen Schoß der heiligen Erde“ Romberg und „Auf meinen lieben Gott“. Predigt: 5.49. Brich herein. Delan Zeller. 11 Uhr Abendmahl für Leidende und Gebrechliche im Vereinshaus. 1 Uhr Christenlehre: Söhne jüngere Abteilung. 5 Uhr Abendpredigt: Stadtpfarrverwejer Josenhans. Donnerstag, 24. Nov. 1921. 8 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrverwejer Josenhans.

Katholischer Gottesdienst.  
Sonntag den 20. November 8 Uhr Frühmesse, 1/10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Beichtgelegenheit Samstag von 1/4 Uhr nachmittags an und Sonntag früh von 7 Uhr an.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.  
Sonntag 20. Nov. vorm. 1/10 Uhr Predigt Pfäfer, 11 Uhr Sonntagsschule, abends 5 Uhr Predigt Bögele. Mittwoch, 8 Uhr Bibel-Gebetstunde.  
Stammheim: Vorm. 10 Uhr Predigt Bögele, Nachm. 1/2 Uhr Predigt Bögele. Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde Pfäfer.

### Büchertisch.

Jahrbuch 1922 des württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz. Preis 3 M, für Mitglieder 2.50 M. Selbstverlag des Roten Kreuzes, Stuttgart, Markfall.

Der Württembergische Landesverein vom Roten Kreuz gibt zum ersten Mal auf das Jahr 1922 ein hübsch ausgestattetes Jahrbuch in Almanachform heraus. Ein Kalendarium, reizende Erzählungen von Andersen, Hebel, Gedichte von Finckh, Hölderlin, Mörike, Goethe, Gedanken und Sprüche der besten Männer aller Zeiten, sowie sonst allerlei Wissenswertes und Nützliches umrahmen die Kapitel von der Arbeit und dem Wesen des Roten Kreuzes.

„Oberdeutschland“, eine Monatschrift für jeden Deutschen. Bezugspreis vierteljährlich 15 M, Einzelheft 6 M. Verlag „Oberdeutschland“ (Strocker u. Schröder) G. m. b. H., Stuttgart.

Aus dem Inhalt des kürzlich erschienenen Novemberfestes erwähnen wir: Kapr. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, Aufgeklärter Partikularismus; Hofrat Prof. Dr. C. Schwiebland-Wien, Sozialismus; Hofmeister D. Feucht, Schutzgebiete heimischer Natur in Württemberg; Geh. Archivrat Dr. R. Krauß, Bisher und Maerlin. Das Bild einer schwäbischen Freundschaft, nach ungedruckten Briefen Bishers mit einem Bild Maerlins; Dr. R. Jaesi-Zollikon bei Zürich; 4 Schweizer Meister; Prof. Hans Kaitzel, Ludwig Thoma (mit einer Zeichnung Gulbranffons).

Für die Schriftleitung verantwortlich J. V. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Wasserwerksverband Liebelsberg.

## Die alten Gröber-Maschinen

der Pumpstation des Verbandes werden zum Verkauf gebracht.

Liebhaber haben schriftliche Angebote verschlossen, mit der Aufschrift „Pumpen“, versehen, in Pauscholumme ausgebracht bis 25. November 1921, nachmittags 6 Uhr beim Schlichter hiesig Liebelsberg einzureichen.

Die Beschichtigung der Maschinen kann zu jeder Tageszeit in der Pumpstation erfolgen.

Liebelsberg, den 15. November 1921.  
Verbands-Vorsitzender Braun.

### Pferdverkauf

am Samstag, den 19. November 1921, vormittags 9 Uhr, für Bezirke I und II.  
Stadtpflege Calw.

### Schwarz-waldverein Calw.

#### Wanderung

Bahnfahrt 11<sup>30</sup> Uhr nach Unterreichenbach. Kapfenhardttertal - Höhenweg - Weinberg (Nöble) - Marzdauer 3 1/2 Stunden.  
Führer: Paul Dipp.

### Verlaufen

von Liebenzell-Weinberg

## Dackel

schwarz, and. Augen schwarz, Duppen.  
Abzug. gegen Belohnung bei Georg Kling, Weinberg.

### Hirsau.

Kommenden Montag, den 21. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr findet im früheren Löcher'schen Hause ein

### Fahrnisverkauf

statt, nämlich:  
etwas Betten, Schreinwerk, Küchengehirr, Maurer- und Steinhauer-Werkzeug, sowie allerlei Hausrat.  
Im Auftrag: Gemeinderat Beerl.

### Württ. Forstamt Langenbrand.

## Nadelstammholz-Verkauf

Am Montag, 28. Nov. 1921, vorm. 9 1/2 Uhr in Waldrennack im „Nöble“ aus Staatswald Distr. Gröfseberg, Abt. V. Eichberg, V. Fuchsberg, Distr. Sackberg, Abt. Leibelhagen, Distr. Hundstall, Abt. Ob. Hirschgarten, Distr. Hengstberg, Abt. Ob. Schwenke, Hint. Nittenbrunnen, Hint. Großtann, Hint. Hengsthalde, Bahnwiese, Hardebene; Distr. Heberäck, Abt. Heberäck: St. u. Fa.: 6215 Stck. mit Fm: Langh.: 363 I., 552 II., 709 III., 570 IV., 554 V., 63 VI. Kl.; Sägh.: 111 I., 94 II., 31 III. St.; Fo.: 169 Stck. mit Fm: Langh.: 27 II., 26 III., 25 IV., 23 V. St.; Sägh.: 3 I., 4 II., 2 III. Kl. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G.F.S. Stuttgart.

### Kirchen-Gesangverein.

Chor- u. Orchesterprobe erst am nächsten Freitag, 25. November abends 8 Uhr im Vereinshaus.

### Krimmerkragen verloren.

Bitte gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei gute, weiße Milch-

## Ziegen

sind zu verkaufen.  
Kurhaus Bleiche, Hirsau.

Oberreichenbach.  
Habe eine zum erstenmal circa 32 Wochen trachtige

## Kalbin

und einen 1/4 Jahr alten

## Stier

zu verkaufen  
M. Rittmann.

Ein zum zweiten mal tracht. erstklassiges

## Mutterschwein

verkauft  
Ernst Häberle, Simmohheim, Hof.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland!

**Geflügel- u. Kaninchenzüchter-Berein — Bad Liebenzell.**  
 Am Samstag, den 19. November  
 und  
 Sonntag, den 20. November 1921  
 findet  
 im Gasthof zum „Abler“  
 eine  
**Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung**  
 mit  
 Prämierung und Preis-Schießen  
 statt, wozu alle Freunde und Gönner einladet  
 die Vorstandschafft: Claus.  
 Von Sonntag abends 7 Uhr ab  
**Familienabend**  
 mit Kaninchenschmaus.

Ia. Streich-  
Musik. **Unterhaugstett.** Ia. Streich-  
Musik.  
**Gasthof zum „Hirsch“**  
 Am Sonntag, den 20. ds. Mts.  
**Großes Konzert**  
 mit nachfolgendem **Tanz.**  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
 der Besitzer.

**Sportklub F. R. Zavelstein**  
 Am Sonntag, den 20. ds. Mts.  
 findet  
 im Gasthaus zur „Krone“  
**Tanz-Unterhaltung**  
 bei gutbesetzter Streichmusik  
 statt, wozu Freunde und Gönner unserer  
 Sache einladet  
 der Ausschuss.  
 Beginn 2 Uhr.

**Zur Stockholzgewinnung**  
 empfiehlt  
**Explosivstoffe, Explosivkapseln,  
 Zündschnüre**  
 Gerhard Paulus, Bad Liebenzell Fern-  
 sprecher 15

**Felle**  
 von Kanin, Feldhasen, Reh,  
 Gansen, Fuchs, Marder,  
 sowie alle anderen Felle  
 kauft zu den höchsten Preisen an.  
 Erich Maischhofer, Pforzheim  
 Mod. Uerausstopferer, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

**Birnbaum- und  
 Nussbaum-Stämme!**  
 kauft zu den höchsten Preisen. Interessenten wollen sich an mich wenden.  
 A. Schröck, Schreinermeister,  
 Neuhausen, Amt Pforzheim.

**Lichtspieltheater Badischer Hof**  
 Morgen Samstag abend von 4 1/2 bis 6 Uhr  
**Jugend-Vorstellung**  
 I. „Mastwald“, Eine Schifffahrt.  
 II. „Schneewittchen“, Schattenspiel.  
 III. „Turnen und Fechten“.  
 2. Vorführung von 8—10 Uhr:  
**Mit Büchse und Lasso**  
 6. Episode  
**„Glühende Rache“.**  
 Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr  
**Der Fluch der Menschheit**  
 II. Teil  
**„Milliardenrausch“**  
 mit Beiprogramm.

In süddeutscher Industriestadt oder lebhaftem Landstädtchen eine  
**gutgehende Drogerie mit Haus**  
 mögl. reines, sauberes Medizinalgeschäft ohne Kolonial- und Farbwaren, mittlerer Größe **zu kaufen gesucht.**  
 Ich bitte aber nur um Angebote in wirklich soliden Objekten mit Angabe des Umfanges (weint Großhandel oder Fabriklieferung dabei, solchen getrennt.) Mitteilung des Preises unter N. 3. 100 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gewaschen mit  
**Dixin**  
 Henkel's Seifenpulver  
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

**Fahrpläne**  
 für den Bezirk Calw  
 erhältlich das Stück zu 80 Pfg.  
 in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

**Kauf**  
 eventl. auch **Hauses oder Villa** mit freierstehender Wohnung und **Laden**, oder geeignet zum **Ladensbau** für vornehme **Medizinal-Drogerie** in guter Verkehrsage eines Kur- oder **Badortes** sofort gesucht. Gest. Preisofferten unter ausführlicher Angabe der **Verhältnisse** erbeten an:  
 Apotheker **E. Voigt**,  
 z. St. Berlin-Halensee,  
 Fr. edrichsruherstraße 20 II.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

**Althengstett.**  
 Einladung  
 zur  
**Feier der Einweihung  
 des Kriegerdenkmals**  
 am Sonntag, den 20. Novbr. 1921  
 1 1/2 Uhr Sammlung bei der Kirche,  
 2 Uhr Einweihungsfeierlichkeit a. d. Friedhof,  
 3 1/2 Uhr Geistliche Musik in der Kirche.  
 Mitwirkende:  
 Fräulein M. von Distinghausen, Stuttgart, (Sopran);  
 Herr Professor L. Feuerlein, Stuttgart, (Bariton);  
 Herr Fr. Aichele, Calw, Organist.

**Kaffee**  
 in bekannt guter  
 Mischung.  
 roh und jede  
 Woche frisch  
 gebrannt  
 empfiehlt  
**C. Serva**  
 Fernsprecher-Nr. 120.

Schöne Geschenke sind  
**Haar-Uhrketten**  
 zu niedrigen Preisen  
 erhältlich bei  
**J. Obermatt, Friseur,**  
 beim Bahnhof.

**Waldfhasen-,  
 Kaninchen-,  
 sowie alle andern  
 Felle**  
 kauft fortwährend zu den  
 höchsten Tagespreisen.  
 Fr. Holz,  
 Oberreichenbach.

Guterhaltenen  
**Kinderwagen**  
 verkauft.  
 Wer sagt die Geschäfts-  
 stelle dieses Blattes.  
 Gebrauchter, guterhaltener  
**Kinder-  
 Korbwagen**  
 zu verkaufen.  
 Wer sagt die Geschäfts-  
 stelle dieses Blattes.

**Hier!**  
 in den Spalten  
 der kleinen An-  
 zeigen findet  
 die praktische  
 Hausfrau gute  
 Gelegenheit  
 überflüssig.  
 Hausgerät  
 zu ver-  
 kaufen!

Zwei guterhaltene gußeis.  
**Rachel-Defen**  
 sind preiswert abzugeben bei  
 Alb. Seyfried, Maurer-  
 meister, Calmbach a. E.

**Beinberg.**  
 Am Sonntag, den 20. Nov. 1921,  
 nachmittags 2 1/2 Uhr findet die  
**Weihe**  
**des Gedenksteins**  
**für die im Kriege**  
**Gefallenen**  
 in Beinberg statt, wozu jedermann  
 freundlichst eingeladen ist.  
 Gemeinderat.

**Ofletsheim, den 18. November 1921.**  
**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teil-  
 nahme während der schweren Krankheit und  
 dem Hinscheiden meiner lieben, unvergesslichen  
 Frau, unserer lieben, treueorgigen Mutter,  
 Schwestern, Schwester, Schwägerin und  
 Tante  
**Emma Gehring**  
 geb. Gehring,  
 sehen wir uns veranlaßt, unseren herzlichsten  
 Dank auszusprechen. Insbesondere danken  
 wir Herrnarrer Zeller für seine vielen  
 Krankenbesuche u. für seine trostreichen Worte  
 am Grabe, dem verehrl. Kirchenvorstand für den  
 erhabenden Gesang, für die vielen Kranz-  
 spenden, sowie für die zahlreiche Begleitung  
 aus Nah und Fern zur letzten Ruhestätte der  
 lieben Entschlafenen.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
 der Gatte: **Friedr. Gehring,**  
 alt Schultheißen-Sohn,  
 mit seinen 3 Kindern.

Zu verkaufen:  
**1 Bettrost,**  
 sowie  
**Patent-  
 Matratzen.**  
 Friedr. Hennefarth,  
 Tapeziergeschäft,  
 Schulgasse 5 b, Rathaus.  
 Zu verkaufen hat  
 einen schönen  
**Neberzieher**  
 Karl Stoll, Hoggasse.  
 Einfach möbliertes  
**Zimmer**  
 mit 2 Betten, nicht heizbar,  
 sofort zu vermieten.  
 Wo sagt die Geschäftsstelle  
 dieses Blattes.  
**20 Zentner**  
**Weißkraut**  
 ungekoren, auch kleinere  
 Popen, kauft  
 Frau  
 Katharine Linkenheil,  
 Vorstadt 287.